

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden.
Vertriebs- und Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei wöchentlich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaliger Bestellung monatlich 7,50 M., vierteljährlich 22,50 M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 400 M. Bei fremdsprachigen, Anzeigen unter Zuzahlung von 100% für die An- u. Verkäufe 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Zusätzl. Aufträge geg. Vorabbezahl. Einzelpreis d. Vorabend-Blattes 3 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marktplatz 38/40.
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Reorganisation Europas.

Lord Georges Vorschläge.

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
Paris, 20. Dez. Lord Georges Vorschläge aus ersten Konferenztage resumiert der „Welt Pariser“ folgendermaßen:

1. Reparationen: England würde die Initiative zu einer endgültigen Revision dieses Problems unter schreiben. Es bleibt dann nur die deutsche Schuld bezüglich der zerstörten Gebiete bestehen. Die zerstörten Gebiete des englischen Weltreiches seien in Wirklichkeit kein Handel. Um diesen wiederherzustellen, müßte England endgültig auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen verzichten. Dieser Verzicht hätte die Wirkung, Frankreich für den Verzicht, den man von ihm fordert, in finanzieller Hinsicht die Priorität zu gewähren, die ihm der Versailler Vertrag verleiht. Außerdem erklärte man englischerseits, daß diese Priorität im Abkommen von Wiesbaden verzeichnet sei.

2. Einschränkung der Rüstungen zu Lande, Garantie der französischen Sicherheit: Um die Einschränkung der Rüstungen zu Lande möglich zu machen und das Problem der französischen Sicherheit zu lösen, wünscht Lord George, daß ein genau umschriebener Verzicht, der auch Zwangsmassnahmen vorzöge, nicht nur England und Frankreich, sondern auch Deutschland und vielleicht auch Italien vereinigt. Um die militärische Neutralität des Rheinlandes auszusprechen, die durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben sei, würden sich die unterzeichneten Mächte verpflichten, sofort die Waffen gegen jede Macht zu ergreifen, die direkt oder indirekt diese Neutralität verletze. Es liegt im Geiste der Vorsichtige Lord Georges, daß diese Garantie mit der baldigen Räumung des Rheinlandes von den Besatzungstruppen verknüpft sei.

3. Wiederherstellung des Friedens im nahen Orient: Das englische Projekt bereitet eine Vermittlung vor, die auch den christlichen Minderheiten in Kleinasien und namentlich in Smyrna Schutz gewährt. Bestimmte man ein ähnliches Regime geben, wie das der Stadt Smyrna. Die Arabensultane Englands, Frankreichs und Italiens würden eingeladen werden, zu Beginn des nächsten Monats darüber zu beraten.

4. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland: Da die Sowjetregierung die Vertragspflichten anerkennt und sich bereit erklärt, ihre Verpflichtungen einer strengen Nachprüfung anzuerkennen, glaubt die englische Regierung, daß kein solches Bedenken, die Anerkennung der Sowjetregierung weiterhin abzulehnen. Diese Anerkennung soll der Ausgangspunkt einer gemeinsamen Aktion werden, die die Wiederherstellung Rußlands bezweckt.

Ueber die Haltung Briand's berichtet das Blatt, daß sich keine Ausführungen in dem Geiste bemerkten, daß er sich mit einer Reorganisation Europas einverstanden erkläre, daß aber die feste Grundlage dazu in einer englisch-französischen Allianz gelegen werden müßte. Auch Briand wünscht eine Lösung der großen Probleme, die Europa gegenwärtig beschäftigen, erklärt sich aber mit dem von Lord George vorgeschlagenen Einzelheiten nicht einverstanden. Er erklärt, er könne die Versicherung abgeben, daß Frankreich nicht weniger liberal und weniger entschlossen als England sei, aber nur unter der Bedingung, daß man etappenweise vorgehe. Die erste Etappe müßte der Abschluß einer neuen und endgültigen Aktion zwischen Frankreich und England sein.

Amerikas Gold im Dienste Europas.

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
New York, 20. Dez. Im Dezemberbericht der National-Att-Board wird auf die Gefahr hingewiesen, die die richtigen Goldreserven in Amerika für die Vereinigten Staaten mit sich bringen. Das Gold wird als solches Kapital bezeichnet, wovon niemand Vorteil habe. Die heute und einander folgende Möglichkeit, dieses Gold nutzbringend anzulegen, bietet die Wiedergeldung Europas. Wenn Amerika seinen Goldüberschuß als Kredit an Europa leiste, dann würde es den europäischen Staaten erwidert. Am schneller wiederkaufbar und Amerika würde aus seinem Golde, das es jetzt nicht verwerthen kann, Vorteile ziehen. Den Banken ist eine solche Methode der Kreditgewährung nicht möglich. Die Kredite müßten von Staaten kommen und wieder an die Staaten gegeben werden, damit das Publikum allgemein an diesen Werten interessiert werde.

Kein Verzicht Amerikas auf die alliierten Schulden.

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
Genf, 20. Dez. Der „Gerald“ meldet aus New York, der Senatsauschuß hat vor seiner Bestimmung bis 10. Januar einstimmig eine Resolution Parfer angenommen. In der der Präsident erachtet wird, eine Verzichtleistung auf die Kriegsschulden der europäischen Mächte an die Union, sowohl auf der Vorhülle aus einem Teil derselben, nicht anzusprechen. Die Resolution ist mit der finanziell schlechten Lage der amerikanischen Wirtschaft und des amerikanischen Exportes befaßt.

Die Finanzkontrolle unvermeidlich.

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
Rotterdam, 20. Dez. Die „Times“ schreibt Sonntag früh: Die englische Regierung ist für ein Verhandeln mit Deutschland über die Abänderung der Reparationszahlungen. Die Stundung kann nur gewährt werden, wenn Deutschland sich der Kontrolle durch internationalisierte Instanzen unterwirft. Dem Reichsanwalt ist jedoch ein Verstum unterlassen, wenn er eine Zahlungsstundung schon für die Januar- und Februar-Raten erwarte. Das widerspricht jeder Forderung, die Nathans in London angesehen hat. London, 19. Dez. Dem „Manchester Guardian“ zufolge wird irgendeine Art eines teilweisen oder vollständigen Moratoriums für Deutschland als unvermeidlich an-

gesehen. Auch in der Frage des Wiesbadener Abkommens wird es für wahrscheinlich gehalten, daß Lord Georges bereit sei, soweit England in Betracht komme, die bisherigen Einrände fallen zu lassen, wenn Frankreich dafür Lord Georges Politik des Einklinkens Deutschlands und Rußlands zur allgemeinen europäischen Wiederherstellung zustimme. (W. T. N.)

Einforderung des deutschen Militäretats durch die Entente?

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
Berlin, 20. Dez. Die Ueberwachungskommission der Entente hat von der Reichsregierung den Militäretat für das kommende Etatsjahr vor parlamentarischen Einbringung eingefordert.

Berringerung der interalliierten Militärkontroll-Kommissionen.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Berlin, 20. Dez. Von unrichtiger Seite wird berichtet, daß die interalliierten Militärkontrollkommissionen am 1. Januar auf ein Drittel ihres Bestandes verringert werden sollen. Die Unterkommissionen in Dresden, München, Hamburg, Königsberg und Pola sollen angeblich aufgelöst werden. Die Ueberwachung des Bereiches dieser Unterkommissionen werde in Zukunft von der Zentrale Berlin aus unmittelbar erfolgen.

Eine Reise Fochs in das besetzte Gebiet.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Paris, 20. Dez. Marschall Foch wird, wie von letzten des französischen Oberkommandos bekannt gegeben wird, in der nächsten Woche in Vertretung des französischen Oberkommandos in ihren Garnisonen sein. Er wird sowohl Trier, Koblenz, Mainz, die Pfalz und Bonn, als Düsseldorf und Duisburg besuchen.

Keinerlei endgültige Beschlüsse in London.

London, 20. Dez. In gut unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten zu keinerlei endgültigen Beschlüssen führen könne. Der größte Wert liegt jedoch im Austausch der britischen und französischen Ansichten. Das gesamte Gebiet der alliierten Politik werde erörtert, um den Boden vorzubereiten und die Grundrissen für eine Erörterung in einer Vollversammlung des Vierzehn Rates unter Teilnahme Italiens und Belgiens zu werfen. Es ist möglich, daß auch der griechisch-türkische Streit berührt werde. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß die wichtigste Erörterung dieser Frage der geplanten Zusammenkunft der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vorbehalten bleibe. Da es dem italienischen Minister des Auswärtigen della Corsetta unmöglich sei, Rom vor der zweiten Januarwoche zu verlassen, müßte die Zusammenkunft bis zu diesem Zeitpunkt verschoben werden. (W. T. N.)

Frankreich und die neue Reise Nathans.

Eigene Information der Dresdner Nachrichten.
Paris, 20. Dezember. Dem „Matin“ wird über den Aufenthalt Nathans in London berichtet, daß dieser aus verschiedenen Gründen dort eingetroffen sei, deren einer der sei, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder aufzunehmen. In England habe der Graf Nathans Vorstöße gemacht, die Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Nathans habe beifolgende als Sines's keine Äußerungen über diesen Punkt dargelegt. Der „Matin“ glaubt nicht, daß von französischer Seite gegen die Fortsetzung dieses Gedankenverkehrs über diese Frage irgendwelche Einwendungen erhoben werden. Wenn die französisch-englischen Beziehungen zu einer prinzipiellen Einigung führen sollten, wäre es wahrscheinlich, daß Dr. Nathans und Unterstaatssekretär Alder, der ihn begleitet, im Zusammenhänge mit rein informativem Charakter angehört werden könnten.

Eine vorläufige Erwiderung der Reichsregierung.

Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.
Berlin, 20. Dez. Am Montag hat das Reichskabinett die Antwort auf die Note der Reparationskommission beraten. Eine vorläufige Erwiderung an die Reparationskommission hat bereits Montag Berlin verlassen. Der Kreditausweis tritt am Mittwoch wieder zusammen in der Erwartung, daß weitere Rückfragen der Reparationskommission aus Paris erfolgen werden.

Belgien verweigert eine Stundung der Zahlungen.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Rotterdam, 20. Dez. Der „Soir“ erzählt: Das neue belgische Kabinett hat seine Mitglieder in der Reparationskommission angewiesen, eine Stundung der deutschen Zahlungen für die Januar- und Februar-Rate zu verweigern.

Wetten für und gegen Annahme des deutschen Zahlungserlasses.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Rotterdam, 20. Dez. Der „Courant“ meldet aus London: Bei London wird seit Freitag früh gewettet für und gegen die Annahme des deutschen Zahlungserlasses durch die Entente. Die Wetten standen Sonnabendabend eins für und zwei gegen die Annahme.

Wiederaufbau und Eisenbahn.

Von Dr. Bovenichen.

An demselben Tage, an dem die abermals erhöhten Eisenbahntarife in Deutschland in Kraft traten und an dem die deutschen Zeitungen das mittlerweile bereits befristete Verdict verbreiteten, daß die Reichsbahnverwaltung sich mit dem Gedanken trage, am 1. Februar 1922 eine neuerliche, voraussichtlich sogar 75prozentige Erhöhung dieser Tarife vorzunehmen, brachte der Draht aus Dänemark die Nachricht, daß dort im Interesse des Verkehrs und zur Nutzen von Handel und Industrie in aller nächster Zeit eine sehr erhebliche Herabsetzung sowohl der Person- als auch der Gütertarife erfolgen solle. Der deutsche Reichsbahngänger wird diese Mitteilung mit einem Gefühl des Mitleids gelien haben darüber, daß ein Land wie das neutrale Dänemark, das durch den Krieg und den Versailler Friedensvertrag ein glänzendes Geschäft gemacht hat, zu Herabsetzungen gezwungen ist, die viel angebrachter wären in einem Lande, die gleichen Ereignisse in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf härteste bedrohten Staat, wie das heutige Deutsche Reich. Dänemark freilich hatte es leichter, zur Einsicht über das für seine Volkswirtschaft Nützlichere und Zweckmäßigere zu kommen, als wir in Deutschland. Unter nördlicher Nachbar kennt natürlich kein streng durchgeführtes Staatsbahnwesen, da es dort neben den Staatsbahnen auch große Privatbahnen gibt, so daß jedermann lehrreiche Vergleiche zwischen beiden anstellen in der Lage ist. Und ein solcher Vergleich ergab für das Jahr 1920, daß die dänischen Staatsbahnen einen Verlust von 54 Millionen Kronen aufwiesen, während die Privatbahnen in derselben Zeit einen Ueberschuß in gleicher Höhe schmelzeln einzuzeichnen vermochten.

In Dänemark macht man die gleichen Erfahrungen, wie in allen parlamentarisch regierten Ländern. Demokratie und Oberleiterschaft, der sich auf der Autorität und Disziplin gründet, sind nun einmal innere Widersprüche, für die es keine befriedigende Ausgleich gibt. Aus diesem Grunde lassen sich auch so große Betriebe, wie es unsere Staatsbahnen sind, nicht mit den Mitteln und nach Rezepten des Obrigkeitstaates verwalten und leiten. Dieser Versuch, Unmögliches möglich zu machen, hat in Deutschland dazu geführt, daß die zwei Jahre Reichsbahn, die wir hinter uns haben, uns ungefähr das gesamte Kapital gekostet haben, das von Reichs für den Erwerb der früheren Staatsbahnen angelegt worden ist.

Es scheint jedoch, daß wir an dem auf diese Weise gezahlten Verlosche noch nicht genug haben, und daß der deutsche Steuerzahler erst noch weiter und viel gründlicher als bisher zur Aber gelassen werden soll, ehe das bisher beliebte System von dem allgemeinen Unwillen aller an ihrem Geldbeutel für seine Sünden hinweggefegt werden wird. Man braucht nicht Reichsverkehrsminister zu sein, um für die Heilung der Verbrechen unserer Eisenbahnverwaltung als einziges Mittel immer wieder nichts anderes vorzuschlagen, als eine Erhöhung der Tarife. Das könnte schließlich auch der letzte Schreiber seiner Verfassung tun, und wir hätten in diesem Falle noch den großen Vorteil, einen erheblichen Teil des riesigen Apparates zu sparen, der sich heute Reichsverkehrsminister nennt. Auch damit kann dem deutschen Steuerzahler nicht gedient sein, daß, wie es tatsächlich geschehen ist, der schon vorgelagte Etat für 1922 schließlich zurückgezogen wird, lediglich zu dem Zwecke, ihn noch in letzter Stunde etwas kaufmännisch herauszugeben, um das den bösen Kritikern an den Fehlern der Eisenbahnverwaltung der letzten Jahre geklopft werde. Mit solchen Mäßen läßt sich der deutsche Steuerzahler, der schon jetzt ungeheure Lasten auf seinen Schultern trägt und der daher mit Recht verlangen kann, daß endlich einmal mit dem Wiederaufbau unter in Grund und Boden regierten Wirtschaft verbunden werde, von einer an veralteten Verfassungshellen überkommenen Staatsbürokratie nicht mehr abheben. Besteht es, ganze Arbeit, und zwar so schnell als möglich, zu tun, um wenigstens zu retten, was noch zu retten ist. Denn der deutsche Steuerzahler ist es überdrüssig, seine immer neuem erarbeiteten Steuern lediglich zu dem Zwecke aufzubringen, um das große Loch bei den Betriebsverwaltungen des Reiches zu stopfen.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaftslebens kann nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden, wenn ihm der Wiederaufbau unserer Verkehrsweien vorangegangen ist. Denn ohne Güterausgleich ist heute weniger denn je eine geordnete Güterverteilung möglich. Die allein imstande ist, das deutsche Volk aus seinen heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Nöten zu befreien. Die nicht länger aufschiebende Reform unserer Verkehrsleistungen ist aber nicht durchzuführen, so lange das Eisenbahnwesen einem Ministerium untersteht, das nicht nur die oberste Verwaltungsbehörde der Eisenbahn ist, sondern auch deren politisches Aufsichtsgremium. Das letztere wiederum in einem parlamentarisch regierten Staat vor anheim kommenden politischen Einflüssen unterliegt, die niemals fördernd, wie die Erfahrung in anderen demokratischen Ländern lehrt, sondern immer nur lähmend auf das sachliche Wollen des leitenden Ministers einwirken. Aus diesen Erfahrungen heraus hat man gerade in so demokratischen Staaten, wie Italien und die Schweiz es sind, den Eisenbahnverwaltungen eine möglichst weitgehende Selbständigkeit gewährt, die ihnen ermöglichen soll und Freiheit bieten vor politischen und anderen unverantwortlichen Einflüssen jeglicher Art.

Die Vorbedingung für den Wiederaufbau des Verkehrsweiens wird daher in erster Linie sein müssen die Befreiung der bisherigen Verworsung des Eisenbahnhausehalts mit dem Reichshaushalt. Das ist nicht nur notwendig im Interesse der Eisenbahnen und des Verkehrs, sondern auch in dem der allgemeinen Reichsverwaltung, die in eine heillose Unordnung geraten muß, wenn sie abhängig bleibt von den durch die Konjunktur bedingten schwankenden Einnahmen des großen Reichsbereichs. Wir müssen daher unter allen Umständen aus der bisherigen Staatswirtschaft heraus und in eine Erfolgswirtschaft hinein, die kein anderes Ziel vor-